



Wehrdienstreform: eine Entscheidung mit klarem Umsetzungsdatum

**Nach zwei Jahrzehnten sicherheitspolitischen Stillstands
trägt Österreich der schwierigen geopolitischen Lage endlich Rechnung**

Dass die Wehrdienstreform ausgerechnet in einer Salzburger Kaserne beschlossen wurde, hat etwas Passendes: Hier wurde nicht symbolisch verhandelt, sondern entschieden. Dafür gebührt der Bundesregierung Anerkennung.

Man kann darüber streiten, ob „6 plus 3“ hinter der Empfehlung der Wehrdienstkommission zurückbleibt, die „8 plus 2“ für Österreichs Verteidigungsfähigkeit als das bessere Modell erachtet hatte. Entscheidend ist etwas anderes: Erstmals seit ihrer Aussetzung 2006 werden verpflichtende Milizübungen wieder eingeführt. Das ist der eigentliche Durchbruch — und er kommt mit einem konkreten Zieldatum: 1. Jänner 2027. Aus drei Gründen ist das eine gute Nachricht.

Erstens ist Verteidigungsfähigkeit zu einem Standortfaktor geworden — so nüchtern wie Energieversorgung oder Rechtssicherheit. Geopolitisches Risiko steht heute in jeder Due Diligence und schlägt sich in Versicherungsprämien und Kapitalkosten nieder. Ein Land, das seine kritische Infrastruktur im Ernstfall schützen kann, zahlt dauerhaft weniger Risikoaufschlag — und das für alle.

Zweitens bleibt der Aufwand überschaubar. Die von der Kommission veranschlagten Milizübungstage entsprechen einem Promillesatz der jährlichen Krankenstandstage in Österreich. Hält man diese Größenordnung gegen die Kosten einer wochenlang unterbrochenen Transitachse oder eines großflächigen Stromausfalls, fällt das Urteil eindeutig aus: eine Versicherungsprämie im Promillebereich.

Drittens — und auch das verdient Beachtung — wird die Reform wirtschaftsverträglich umgesetzt. Dass Milizübungen künftig ein paar Jahre im Voraus planbar sein sollen, klingt technisch, ist für die Wirtschaft aber alles andere als nebensächlich. Gerade Klein- und Mittelbetriebe, denen der Ausfall einer Fachkraft real wehtut, gewinnen damit Planungssicherheit. Ebenso richtig ist das Signal an die Betroffenen selbst: 1.000 Euro Vergütung und erstmals ein Urlaubsanspruch. Wer junge Menschen neun Monate in Anspruch nimmt, muss ihnen auch etwas bieten.

Bleibt die Aufgabe, die noch offen ist. Die Reform steht und fällt mit einer Zweidrittelmehrheit im Nationalrat, um die die Koalition im Herbst werben muss. Hier sollte die Opposition der Versuchung widerstehen, aus einer Standortfrage parteipolitisches Kleingeld zu schlagen.

Unterm Strich: Die Koalition hat in einer schwierigen Materie geliefert, was zuletzt selten geworden ist — eine klare Richtungsentscheidung mit Umsetzungsdatum. Dafür ein aufrichtiges Danke.

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Oberstleutnant Mag. Lothar Riedl, Präsident der Offiziersgesellschaft Salzburg, 0664 250 6487.



Foto: Andreas Kaboto – Österreichische Kaderpräsenzsoldaten bei einer Übung in Niederösterreich